

Schritt gegangen werden kann auf dem Wege zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, gar nicht zu reden von weitergehenden Schritten.

Von diesem Standpunkt aus unterbreitete unsere Partei am 15. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik den Vorschlag für einen Verständigungsfrieden zwischen unserer Partei und der westdeutschen Sozialdemokratie. In der gleichen Richtung lagen zahlreiche weitere Initiativen und Vorschläge unserer Partei, um durch gemeinsames Handeln der Arbeiterklasse beider deutscher Staaten die vom westdeutschen Imperialismus ausgehenden Gefahren zu bannen.

Im Frühjahr 1966 wandte sich das Zentralkomitee angesichts der Zuspitzung der gefährlichen Entwicklung in Westdeutschland in mehreren offenen Briefen und Stellungnahmen an die Mitglieder, Funktionäre und Freunde der Sozialdemokratischen Partei in Westdeutschland, um den Dialog zwischen den Arbeitern, den werktätigen Bauern, der Intelligenz und der Jugend in beiden deutschen Staaten in Gang zu bringen.

Geleitet von der Überzeugung, daß allein die Arbeiterklasse das Schicksal Westdeutschlands wenden kann und daß dazu der Kampf gegen die revanchistische CDU/CSU-Politik notwendig ist, legten wir unseren Standpunkt über die Lage dar und unterbreiteten konkrete Vorschläge für das Gespräch zwischen den Werktätigen in beiden deutschen Staaten, für Beratungen zwischen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands. Wir gingen dabei vom Klasseninhalt der nationalen Frage, von den Interessen der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, vor allem der Arbeiterklasse, aus. In das Zentrum unserer Vorschläge stellten wir den Austausch von sachlichen Argumenten über die Kernfragen der Politik:

- Was muß heute getan werden, damit von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgeht?
- Wie soll das künftige einheitliche Deutschland aussehen, soll es ein Deutschland der Herrschaft der Monopole sein, oder soll das Volk seine Geschicke selbst lenken?

Unsere Partei verfolgte die Absicht, mit ihrer Initiative die Gemeinsamkeit mit den Arbeitern Westdeutschlands und ihren Organisationen, mit allen friedliebenden, demokratischen Kräften herzustellen und der westdeutschen Sozialdemokratie zu helfen, den unseligen Weg der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU in die formierte Gesellschaft der Monopole zu verlassen.